

Absolvent: Stefan Pahl

Thema: Die omnirechtlich kontroverse Betrachtung von Sonder- und Industriebauten aus Sicht der beurteilenden Institutionen

Datum: 15.06.2021

Abstract

Die Masterarbeit befasst sich mit der rechtlichen Betrachtung von geregelten und ungeregelten Sonder- und Industriebauten, für deren Gesamtnutzungsdauer (Errichtung, Instandhaltung, Änderung), die als Arbeitsstätte dienen sollen. Dabei wird der Schwerpunkt auf die außerhalb der Schnittmengen von Baurecht, Brandschutzrecht und Arbeitsrecht liegenden Diskrepanzen gelegt. Sowohl auf Bundesebene als auch auf Länderebene sind die Rechtshierarchien nicht immer eindeutig und können different ausgelegt werden. Dieser Zustand birgt Konflikt- und Streitpotential zwischen Entwurfsverfassern, Institutionsvertretern, Bauherrn und Nutzern.

In der jüngeren Vergangenheit haben Änderungen im Baurecht (z.B. Aktualisierung der MBO), im Arbeitsstättenrecht (z.B. Änderung von Arbeitsstättenrichtlinien hin zu Technischen Regeln für Arbeitsstätten) und im Umgang mit diesen Regelwerken (z.B. Erlass vom 08.03.2013, Aktenzeichen VI A 3 – 100, Mitteilung des Landesbauministerium NRW an die Bauaufsichtsbehörden) stattgefunden [62]. Diese Änderungen führen bei der Betrachtung aus Sicht des Bauordnungsrechts und des Arbeitsrechts zu Differenzen. Ziel dieser Arbeit soll es sein, die Differenzen zwischen Baurecht und Arbeitsrecht in Bezug auf Schutzziele zu identifizieren und Lösungsansätze für die Erweiterungsmöglichkeit der Kompetenzen bei der Beurteilung zu geben.